

Wilsdruffer Tageblatt

Veranstalter Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Bestellungspreis mit Zustellung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 20, bei anderen Abrechnungen in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 70, mit Zustellungsschuld. Alle Postgebühren sind Postbesitzer zu zahlen. Bei Geschäftsabnahme nach jeder Zahlungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse kann der Bezugspreis in der Zeitung oder in der Zeitung des Bezugspreises.



Intensivpreis 20, für die 6 getragenen Ausgaben oder deren Raum, Postamt, die 2 getragenen Ausgaben 20, bei Abrechnung und Intensivpreis entsprechend Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getragenen Ausgaben 20, Nachmittags-Beilage 50 Pf. Anzeigenpreise sind vom 1. August 1922 ab 10 Uhr, für die Nachtzeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wie im Einzelnen. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch Abrechnung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 199

Sonnabend den 26. August 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bei uns sind eingegangen vom:

Sächsischen Gesetzblatt das 10. bis 27. Stück vom Jahre 1922;
vom Reichsgesetzblatt, Teil I Nr. 42 bis 57 vom Jahre 1922;
vom Reichsgesetzblatt, Teil II Nr. 14 bis 18 vom Jahre 1922.

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschläge in der Hausstube des Verwaltungsgebäudes ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratkammer zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 25. August 1922.

4539

Der Stadtrat.

Kellerräume zur Einlagerung von Kartoffeln gesucht.

Wilsdruff, am 25. August 1922.

Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichsregierung wendet sich energisch gegen die ausländischen Pressenmeldungen, wonach bei den Berliner Verhandlungen ein deutsches Angebot von 50 Goldmarken gemacht und abgelehnt worden sei.
- * Die bayerische Notverordnung ist von der bayerischen Regierung wieder aufgehoben worden.
- * Die Gewerkschaften haben bei der Reichsregierung sofortige Maßnahmen gegen die durch den Marktschwund verursachte Wirtschaftskatastrophe gefordert.
- * Die italienische Regierung hat erklärt, daß sie einen Anschluß Österreichs an Deutschland oder seinen Eintritt in die kleine Entente nicht wünschen werde.
- * Nach Bestimmung der Generalkonferenz von Ost und West soll die Beschlagnahme der deutschen Guthaben demnächst aufgehoben werden. Die Rückweisungen werden aufrechterhalten.

Ein Dollar = 2000 Mark.

Es geht jetzt lustig zu auf den deutschen Börsen. Man sieht sich fast versucht, am Vorabend des nächsten Tages einzugehen, wie weit es der Dollar an der Börse des nächsten Tages bringen möchte. Und ein gewisser Salgenhumor ist schier unaussprechlich geworden, wenn man sieht, in wie kühnen Sprüngen dieser schneidige Reitermann von Stunde zu Stunde die höchsten Kursvorsprünge zu nehmen weiß. Um von 1000 auf 2000 Mark zu kommen, hat er weniger Zeit gebraucht, als früher notwendig war, um ganze 100 Mark aufwärts zu flattern, und wenn es so weitergeht wie in den letzten vierundzwanzig Stunden, wird die laufende Woche kaum zu Ende gehen, ohne daß wir auf 6000, auf 8000, auf 10 000 Mark für den Dollar gelangt sind. Kein Wunder auch, denn je höher der Kurs steht, desto geringere Wert haben die spärlichen Reste, die noch von dem ehemaligen Goldwert der Reichsmark übriggeblieben sind. Eine Differenz von 50, von 100, von 200 noch im Anfang dieses Monats ungleich schwerer als heute die fünf- oder zehnfache Differenz ausmacht. Der Humor kann einem freilich vergehen, wenn man bedenkt, welches Maß von Unheil diese Zahlen für die deutsche Volkswirtschaft, für jeden Gewerbetreibenden, für jeden Arbeiter und Angestellten, die Festbesoldeten und die Rentner insbesondere bedeuten, wenn man bedenkt, daß damit jede Ordnung im industriellen und kaufmännischen Leben, jede Überlegung in öffentlicher wie privater Wirtschaftsführung hinfällig wird. Eine Gaudi ist es, wie man in Bayern zu sagen pflegt — eine Gaudi freilich, die hart an äußerster Not und Verzweiflung kreist. Wie lange wird unsere Wirtschaft, wird unsere Volkswirtschaft noch so ertragen vermögen?

Schon machen sich Anzeichen des heraufziehenden Ungewitters bemerkbar. Zahlungseinstellungen einzelner Devisenpekulanten werden gemeldet, und die Gerüchte von bedeutenden Zahlungsschwierigkeiten im Warenhandel wollen nicht verstummen. Auch der Arbeitsmarkt zeigt wieder Spuren einer rückläufigen Bewegung. Neben auch die Hauptindustriezweige noch in voller Beschäftigung, so gewahrt man im Kleinhandel schon infolge der fortschreitenden Geldentwertung einen gewissen Stillstand, der zu Arbeiterentlassungen nötigt. Die sinkende Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung läßt die Nachfrage zurückgehen, und wer trotzdem noch sein Warenlager immer wieder verbaulich machen will, muß dafür Kapitale aufwenden, vor denen er kaum noch weiß, wo er sie hernehmen soll. Ebenso wie sich die Geschwindigkeit in der Aufwärtsbewegung des Dollars ständig erhöht hat, so sehr droht nun auch der Verfall des lebendigen Wirtschaftskörpers in beschleunigtem Tempo vor sich zu gehen. Schon wird ihm vielfach nur auf künstlichem Wege noch Nahrung zugeführt; wer weiß, wie bald es darüber zu einer Blockade kommt, die das Schlimmste befürchten läßt. Tröstlich kann uns dabei nicht einmal die Wahrnehmung, daß auch ein Land wie die Tschechoslowakei, deren Kronen auf der Währungsleiter immer höher emporkletterten, darüber nur immer in neue Schwierigkeiten verfallen.

Natürlich hängt die Entwicklung der letzten Tage in der Hauptsache mit den Reparationsverhandlungen zusammen, die in dieser Woche in der deutschen Reichshauptstadt vor sich gegangen sind. Wesentlich verbreitete Nachrichten über die Unmöglichkeit, zu einer Verständigung zu gelangen, mußten an der Börse entsprechend bewertet werden, und selbst wenn es nun doch

noch gelingen sollte, das Schlimmste zu verhindern, so würde nach der entsetzlichen Panik dieser Tage der Erfolg nur darin bestehen, daß wir im günstigsten Fall auf einen Marktschwund zurückfallen, wie er noch nicht vorhanden war, als die Verhandlungen mit den Herren Maucière und Bradbury eingeleitet wurden. Noch sind diese Verhandlungen nicht abgebrochen, noch besteht die Aussicht, zu einem Abkommen zu gelangen, das selbst Herr Poincaré hinnehmen müßte, um sich vor der Welt nicht ganz und gar in Mißkredit zu bringen. Sollte er aber entschlossen sein, eine andere als die von ihm erstrebte Lösung unter allen Umständen abzuweisen, so wird der Reichsregierung nichts anderes übrig bleiben als die Erklärung, daß sie mit ihrem Latein zu Ende sei. Schon jetzt muß sie mit sehr ernsten inneren Folgeerscheinungen der Dollarkatastrophe rechnen, sie mag sich aber im Augenblick noch die Kraft zutrauen, ihr, wenn es nötig sein sollte, auch mit den Zwangsmitteln des Staates Herr zu werden. Bleibt aber Herr Poincaré Sieger auch in dem Nachkriegsring, den er gegen uns führt, wer soll dann noch insandte sein, unter solchen Verhältnissen die staatliche und die wirtschaftliche Ordnung in Deutschland aufrechtzuerhalten?

Panik an der Berliner Börse.

Das rapide Steigen des Dollars bis auf 2000 hat an der Berliner Börse zu einem völligen Zusammenbruch des Devisenhandels geführt. Deutsche Marknoten strömen in Massen aus dem Auslande zurück. Industrie und Großhandel können für Einfuhrzwecke auch nicht die kleinsten Devisenbeträge im freien Markte mehr kaufen. Am Donnerstag war es schon bald nach Beginn des offiziellen Verkehrs am Devisenmarkt kaum noch möglich, irgendwelche Geschäfte abzuschließen. Bei dem Fehlen jeglichen Angebots bestehen für weitere katastrophale Steigerungen des Dollars keine Hindernisse mehr.

Forderungen der Gewerkschaften.

Die Führer der gewerkschaftlichen Spitzenverbände sind beim Reichskanzler vorstellig geworden, damit die Reichsregierung so schnell wie möglich energische Schritte unternehme, wenn nicht unsere Gesamtwirtschaft zusammenbrechen soll. Der Vortragsbericht zu diesem Schritt der Gewerkschaften: Es kann jetzt nicht scharf genug betont werden, daß zwischen der äußeren und der inneren Entwertung der Mark ein Unterschied besteht. Es ist nicht wahr, daß jeder Tagesbedarf des kleinen Mannes unrentierbar mit dem Wertschwund des Dollars verbunden sei. Ein großer Teil unserer Lebensmittel, wie Mehl, Schuhe und viele andere Artikel, sie entstehen auf deutschem Boden aus deutschen Produkten und aus deutscher Arbeit. Hier muß regulierend eingegriffen werden, mag auch mancher vor dem Worte Zwangswirtschaft erschrecken. Die Regelung braucht keine Zwangswirtschaft zu sein, sie muß aber von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten im vollen Sinne des Wortes getragen werden.

Aufhebung der bayerischen Verordnung.

München, 24. August.

Die aus Anlaß der Schutzgesetzgebung seitens der Reichsregierung von der bayerischen Regierung erlassene Notverordnung vom 24. Juli ist mit Wirkung vom 24. August aufgehoben worden.

Mit diesem Beschluß der bayerischen Regierung ist endlich der gerade in der jetzigen Zeit der schwersten außenpolitischen Bedrängnis doppelt beklagenswerte Zwist zwischen Berlin und München aus der Welt geschafft worden. Bekanntlich hatte Bayern nach der Annahme des Schutzgesetzes durch den Reichstag die Durchführung dieses Gesetzes in Bayern verweigert und für Bayern eine eigene Schutzverordnung erlassen. Dieses Verfahren wurde in Berlin als verfassungswidrig angesehen, und es entstand ein scharfer Konflikt, der zweimal eine Reihe bayerischer Minister nach Berlin nötig machte, bis nun nach wochenlangen Verhandlungen die Einigkeit wieder hergestellt wurde. Die letzten Vereinbarungen betrafen vor allem die Punkte:

Staatsgerichtshof und Hoheitsrechte.

Beim Staatsgerichtshof wird ein sächsischer Senat gebildet. Die Ernennung seiner Mitglieder erfolgt nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen. Ihm werden drei bayerische Landrichter und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsräte angeschlossen. In den Fällen, in denen die Außenabteilung des sächsischen Senats gegeben ist,

wird das Begnadigungsrecht vom Reichspräsidenten im Benehmen mit der Landesregierung oder auf deren Anregung ausgeübt. Ein bayerischer Beamter der Reichsamtverwaltung wird als Referent des Oberreichsanwalts bestellt. Es wurde neuerdings mit Nachdruck betont, daß die Überweisung der Strafsachen an die ordentlichen Gerichte die Regel bilden werde.

Der bundesstaatliche Charakter des Reichs, die Staatspersönlichkeit und die Hoheit der Länder wurden neuerdings anerkannt. Diesen wurde wiederholt zugesagt, daß das Reich die Hoheitsrechte der Länder nicht unter Abänderung der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches an sich ziehen wolle. Darüber hinaus wurde zugesagt, daß die Reichsregierung nicht willens sei, bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reichs durch neue Reichsmittel oder Reichsunterbehörden zu übernehmen.

Das Ergebnis.

Es läßt sich nicht leugnen, daß nunmehr Bayern zum Schutze seiner Staatlichkeit und seiner Hoheitsrechte sehr wertvolle Sicherungen gegeben worden sind. Bayern hat erklärt, daß an seinem grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt zu den Schutzgesetzen nichts geändert werde, und daß namentlich der Staatsgerichtshof kein ordentliches, sondern ein außerordentliches Gericht sei, dessen baldigste Wiederbeseitigung dringend notwendig erscheine. Auf der andern Seite ist nicht zu verkennen, daß nunmehr der Staatsgerichtshof in seiner ganzen Einrichtung sehr erheblich verbessert wurde, und daß insolge dessen die ursprünglichen Bedenken praktisch zu einem großen Teil beseitigt sind.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Prozeß wegen des Rathenau-Mordes.

Nach dem Reichsgesetz über den Staatsgerichtshof kann dieser selbst bestimmen, in welchem Ort eine vor ihm geführte Verhandlung stattfinden soll. Bisher war es zweifelhaft, ob der Prozeß gegen Tschow und Genossen in Berlin oder in Leipzig verhandelt werden sollte. Nunmehr hat der Staatsgerichtshof entschieden, die Hauptverhandlung in Leipzig im Reichsgericht stattfinden zu lassen. Die jetzt noch im Berliner Untersuchungsgefängnis sitzenden Angeklagten werden Anfang September nach Leipzig gebracht. Die Verhandlung selbst ist im September zu erwarten.

Deutsch-polnischer Eisenbahn-Grenzverkehr.

Die Verhandlungen mit Vertretern der polnischen Regierung über die Wiederaufnahme des deutsch-polnischen Eisenbahnverkehrs sind im allgemeinen abgeschlossen. Ob der Grenzverkehr am 1. September oder 1. Oktober wieder aufgenommen wird, steht noch nicht fest, wohl aber, daß zunächst 14 deutsch-polnische Eisenbahnübergänge in Frage kommen. Die wichtigste wird die Linie Frankfurt-Lissa sein.

Es muß geklärt werden!

Die Rheinlandkommission hat den von deutscher Seite gestellten Antrag auf Abschaffung der Gruppität der deutschen Zoll-, Forst-, Polizei- und Feuerwehramten in Uniform gegenüber den Fahnen und Offizieren der an der Besetzung beteiligten alliierten Mächte abgelehnt. Die deutschen Farben im Saargebiet verboten.

Die Saar-Regierungskommission hat bekanntlich eine eigene Flagge für das Saargebiet mit den Farben blau-weiß-schwarz eingeführt, aber deren Rechtsgültigkeit sich kürzlich der Münchener Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Frank in verneinendem Sinne ausgelassen hat. Jetzt hat die Regierungskommission durch eine neue Verordnung, die übrigens durch das englische Regierungsmittelteil gesichert ist, bestimmt: „Das Beflaggen in anderen Farben, außer in örtlichen oder kirchlichen, ist nicht gestattet.“

Deutsch-Osterreich.

× Arbeitslosenunruhen in Wien. In sehr ernsten Ausschreitungen kam es im Anschluß an eine Arbeitslosenversammlung. Es bildeten sich mehrere Demonstrationsumzüge. Etwa 6000 Personen drangen bis zum Parlamentsgebäude, durchdrangen die polizeiliche Absperrung und die Parlamentswache, stürmten teilweise in das Gebäude und begannen Verwüstungen anzurichten. Verbeigerufene Hilfe trieb die Eingedrungenen mit blanker Waffe zurück. Viele Demonstranten, darunter viele Frauen, trauen Ver-